



Nr. 15 - Mainz, 16.5.2007

GdP-Erfolg: Absenkung der Eingangsbesoldung vom Tisch Junge Polizeibeamtinnen und -beamte bekommen rund 110 Euro monatlich mehr Besoldung

Die per Gesetz im Landtag schon beschlossene Absenkung der Eingangsbesoldung ist vom Tisch! Das Kabinett hat sich gestern für eine Rücknahme der Besoldungskürzung ausgesprochen. Heute hat sich die Regierungsfraktion der SPD diesem Votum angeschlossen.

Dazu der stellvertretende GdP-Vorsitzende Heinz-Werner Gabler: „Eine gute Entscheidung für das Land und für die jungen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter.“

Erfreut haben DGB und GdP aufgenommen, dass ihre in den letzten Wochen vorgetragene Kritik an dem Gesetzesvorhaben jetzt auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Man darf davon ausgehen, dass die neuen Steuerschätzungen, die dem Land Mehreinnahmen von über 500 Mio Euro signalisieren, den Spielraum für diese Entscheidung geöffnet haben.

Mit dem geplanten Gesetz sollte die Eingangsbesoldung für die Beamtenanwärterinnen und -anwärter des Landes herabgestuft werden. Die Polizeianwärterinnen und -anwärter wären nach ihrer Ausbildung für drei Jahre Besoldung in A 8 und nicht wie eigentlich vorgesehen in A 9 eingestuft worden, ein Minus von rund 110 Euro netto im Monat. Die gesetzliche Regelung der Absenkung der Eingangsbesoldung hätte rund 900 Polizeianwärterinnen und -anwärter betroffen, die an der FH der Polizei ihre Ausbildung in Form des dreijährigen Polizeistudiums absolvieren.

Die GdP hatte sich vehement gegen diesen finanziellen Einschnitt für die jungen Kolleginnen und Kollegen ausgesprochen und insbesondere vor der Gefahr verheerender Folgen für die Nachwuchsgewinnung gewarnt.

Heinz-Werner Gabler: „Damit sind aber keineswegs die aktuellen Besoldungsfragen abschließend beantwortet. DGB und GdP fordern von Landesregierung und Parlament ein deutliches Plus bei den Einkommen aller Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger des Landes. Für 2007 geht es um Einmalzahlungen von 900 Euro für den mittleren Dienst, 600 Euro für den gehobenen Dienst und 450 Euro für den höheren Dienst. Ab 2008 sollen Besoldung und Versorgung einheitlich und linear um 2,9 Prozent steigen.“

Beim Bund und in den meisten anderen Bundesländern sind inzwischen vergleichbare Einkommenszuwächse beschlossen worden. Die Forderung entspricht auch dem Tarifabschluss des vergangenen Jahres für den öffentlichen Dienst.